

Antrag

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Entscheidung

zu dem Antrag der Fraktion der SPD
– Drucksache 13/417 –

Neue Unternehmen – ökologische, soziale und strukturpolitische Innovation und Schaffung von Arbeitsplätzen

Der Landtag stellt fest:

Von 1990 bis 1995 sind im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz über 44 000 Arbeitsplätze weggefallen. Im September 1996 waren 147 600 Menschen arbeitslos gemeldet. Auch wenn sich die konjunkturelle Lage verbessern sollte, wird nicht damit gerechnet, daß sich die Arbeitslosenquote wesentlich verringern wird. In Anbetracht der fehlenden Ausbildungsplätze und des überdurchschnittlichen Anstiegs der Zahl junger Arbeitsloser hat sich die soziale Lage weiter verschärft.

In Rheinland-Pfalz bestehen in strukturpolitischer Hinsicht noch erhebliche regionale Unterschiede, die sich auch in den unterschiedlichen Arbeitslosenquoten (bis zu 17 % in der Stadt Pirmasens) ausdrücken.

Die globale Umweltsituation verschlechtert sich weiterhin. Für die Erreichung des von der Landesregierung selbst gesteckten Klimaschutzziels (- 30 % CO₂ bis 2005) wurden in Rheinland-Pfalz keine wirksamen Maßnahmen ergriffen, weshalb die angestrebte CO₂-Reduktion bis 2005 nicht mehr erfüllt werden kann. Die Kosten für die fortdauernde Schädigung der Umwelt betragen weiterhin mehr als 600 Mrd. DM jährlich für das Bundesgebiet (Berechnungen des Fraunhofer-Instituts).

Die Erwerbseinkommen von Frauen und ihr Anteil an den Selbständigen liegen nach wie vor unter dem Durchschnitt. Frauen sehen sich auch als Existenzgründerinnen spezifischen Schwierigkeiten ausgesetzt, z. B. bei der Beschaffung von Startkapital.

Die bisherigen Schwerpunktsetzungen der Wirtschafts-, Struktur- und Technologiepolitik des Landes waren zu wenig beschäftigungsorientiert, haben ökologische Innovationen nicht gefördert und frauenspezifische Belange nicht im ausreichenden Umfang berücksichtigt.

Die Beschlüsse der Bundesregierung (Sparpaket, Jahressteuergesetze) gefährden die gesellschaftliche Solidarität sowie die soziale Stabilität, haben aber keineswegs zu einer Verbesserung der wirtschaftlichen und arbeitsmarktpolitischen Lage beigetragen.

Die Wirtschafts- und Strukturpolitik des Landes ist auch gemessen an ihren eigenen Zielen nicht sonderlich erfolgreich. Rheinland-Pfalz, nach Ansicht der Landesregierung das „investitionsfreundlichste Bundesland“, unterhält fünf

Kooperationsbüros im Ausland, wirbt auf den Linienflügen der Lufthansa für Rheinland-Pfalz und ist bezogen auf 1995 trotzdem schlußlicht bei den ausländischen Direktinvestitionen im Vergleich aller Bundesländer. Im ersten Halbjahr 1996 verzeichnete das Bruttoinlandsprodukt (gesamtwirtschaftliche Leistung) von Rheinland-Pfalz ein reales Minus (- 0,6 %), wobei im Bundesdurchschnitt eine Steigerung von 0,7 % verzeichnet wurde.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

1. einen beschäftigungsorientierten, frauenfördernden und die ökologische Situation nachhaltig verbessernden Strukturwandel für Rheinland-Pfalz einzuleiten;
2. diesen Strukturwandel gemeinsam mit Kommunen, Wirtschaft, Gewerkschaft, Arbeitsverwaltung, Umweltschutz- und Verbraucherverbänden zu entwickeln und zu tragen;
3. die Förderung von Existenzgründungen und die Vernetzung verschiedener Tätigkeitsbereiche von technologisch orientierten Unternehmen, Handwerk und Dienstleistungen durch die Einrichtung von Gewerbehöfen und Beratungszentren zu unterstützen.
Frauen haben im sozialen Bereich und bei den Dienstleistungen einen höheren Anteil an den Existenzgründungen als im technologischen Bereich. Auch deshalb ist es erforderlich, die Förderung und Beratung von Unternehmensgründungen auch außerhalb des technologischen Bereichs zu intensivieren. Existenzgründungen tragen zur Schaffung neuer Arbeitsplätze bei und greifen dringend notwendige Innovationen auf;
4. die Landesregierung soll geeignete Maßnahmen ergreifen, damit auch nach einer Gründung eine qualifizierte Begleitung, insbesondere in finanziellen und betriebswirtschaftlichen Fragen, junger Unternehmen sichergestellt werden kann.
Zur Gründung neuer Unternehmen soll die qualifizierte Beratung und Ausbildung von Existenzgründern und -gründerinnen an den Hochschulen und bei den Kammern verstärkt werden;
5. der bisherige Technologietransfer muß zu einem Wissenstransfer von den Hochschulen in Wirtschaft und Gesellschaft erweitert werden. Zugleich müssen sich die Hochschulen den Nachfragen von Wirtschaft und Gesellschaft nach Problemlösungen stärker öffnen.
Die Organisation dieses Austausches soll v. a. regional und von „unten“ erfolgen und sich auch an den Erfahrungen mit dem BIC (Business and Information Center) Kaiserslautern orientieren;
6. die Strukturförderung soll sich zukünftig auf die Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe und die Erhöhung der regionalen Wertschöpfung konzentrieren.
Nichtinvestive Maßnahmen und die Beschäftigungsförderung insbesondere von Frauen sollen dabei besonders berücksichtigt werden. Stärkung der Kooperation und Vernetzung auf regionaler Ebene von Klein- und mittelständischen Betrieben, dem Handwerk und den Hochschulen;
7. die Landesregierung soll sich im Bundesrat für eine schnelle Umsetzung einer Ökosteuerreform einsetzen.
Der ökologische Umbau der Wirtschaft eröffnet kleinen und mittleren Unternehmen zahlreiche neue Betätigungsfelder. Die stärkere Besteuerung des Faktors Umwelt ermöglicht es, die Belastung des Faktors Arbeit mit Steuern und Abgaben zu senken. Die Verteuerung von Transportkosten würde regionale Kreisläufe zusätzlich stärken;

8. die Landesregierung soll prüfen, wie regionale Informationsbörsen aufgebaut werden können, um kooperative Lösungen für kleine und mittlere Unternehmen sowie das Handwerk zu unterstützen.
Kleine und mittlere Unternehmen können durch gezielte Kooperationen Kosten sparen, Ressourcen effektiver einsetzen und Transportwege verringern;
9. die Landesregierung soll deshalb damit beginnen, die Mittelstandsförderung des Landes von der Kreditfinanzierung auf die Finanzierung von Beteiligungskapital umzustellen. Eine neutrale Finanzierungsberatung, unabhängig von den Banken, die auch Bestandteil der förderfähigen Unternehmensberatung sein soll, gekoppelt mit einer Informationsbörse für Beteiligungsgeber und -nehmer, soll die Kapitalsicherung junger Unternehmen verbessern;
Viele junge Unternehmen verfügen über eine zu geringe Eigenkapitalbasis, weshalb sie notwendige Investitionen mit kreditfinanziertem Fremdkapital durchführen müssen. Zur Erlangung von Krediten stehen besonders junge, kleinere Unternehmen vielfältigen Restriktionen gegenüber. Ist die Eigenkapitalbasis zu gering, sind kreditfinanzierte Investitionen zu teuer. Die Beteiligungsfinanzierung, gerade auch bei Risikokapital, ist zu wenig ausgeprägt.
10. In Rheinland-Pfalz wird in den kommenden Jahren für 20 000 Unternehmen die Betriebsnachfolge geregelt werden müssen. Zur Finanzierung von Betriebsübernahmen soll auch das Instrument der Kapitalbeteiligung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern genutzt werden. Die Landesregierung soll dafür sorgen, daß die Beteiligung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern am Unternehmenskapital durch günstige politische und steuerliche Rahmenbedingungen gefördert werden kann. Die Beteiligungsfinanzierung muß der Kreditfinanzierung zumindest steuerlich gleichgestellt werden.

Für die Fraktion:
Dietmar Rieth